

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 19. Mai.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses lenkt Pope Hennessy die Aufmerksamkeit auf das Verhalten Preußens gegen Polen. Es sehe so aus, als ob Preußen nicht nur die vielbesprochene Convention geschlossen habe, sondern auch überstrenge Handhabe. Er verliest einen Brief eines polnischen Offiziers, worin gesagt wird, daß russische Truppen, die über die Grenze gehoben, von den preussischen Behörden beschützt, bewirthet, im Besitz ihrer Waffen zurückgelassen und mit frischer Munition versorgt worden seien. Hennessy fragt, ob dies in Einklang mit dem Völkerrecht sei. Er weist ferner darauf hin, daß die ganze preussische Grenze militärisch besetzt sei, und verliest ein Schreiben, womit ein preussischer Offizier, der an der Grenze kommandirt, einen russischen General ersucht, ihm von jeder Unternehmung, welche die Russen in der Nachbarschaft der Grenze vorhaben, frühzeitig Kenntniß zu geben, damit er die erforderlichen Befehle erteilen könne. Der Redner fragt: ist dies in Einklang mit dem Völkerrecht? Hat England dagegen remonstrirt? Lord Palmerston beantwortete die Interpellation. Das Völkerrecht verlange, daß ein neutraler Staat den kriegsführenden Parteien nicht gestatte, sein Gebiet zu benutzen, um dem Gegner vortheilhaft beizukommen; und Preußen habe 1831 diese Pflicht des Neutralen versäumt, indem es den russ. Truppen gestattete, das preuss. Gebiet zu betreten, um die Polen im Rücken zu umgeben. Diesmal aber habe Preußen nicht die Gesehe der Neutralität verletzt, indem es russische Truppen aufgenommen und den zurückkehrenden die Waffen wiedergegeben habe; auch nicht durch die Truppen-Aufstellungen an der Grenze, welche die eigene Sicherheit bezwecken, noch durch die Lieferung von Munition, welche nach der während des Krimkrieges angenommenen Praxis gerechtfertigt sei. Fitzgerald (Unterstaatssekretär des Auswärtigen unter Derby) bemerkt, daß die Lieferung von Kriegsbedarf wohl den Unterthanen neutraler Staaten, aber nicht den neutralen Staaten selbst gestattet sei. Palmerston erkennt diesen Einwurf als richtig an, und Hennessy wiederholt, es seien die preussischen Behörden, die den Russen Kriegsbedarf gegeben. Eine Aeußerung von Griffith giebt endlich dem Premier noch Veranlassung, die Conversation mit der Bemerkung zu schließen, daß ein Neutraler durch die Entwaffnung überretender Truppen weniger eine Pflicht gegen die kriegsführenden Theile, als gegen die Sicherheit seiner eigenen Unterthanen erfülle. (Weitere Ausführung der im heutigen Morgenbl. mitgetheilten Depesche.)

**London, 20. Mai.** Die heutige „Times“ sagt: England könne nicht gegen Preußen wegen Verletzung des Völkerrechts remonstriren, zumal Preußen die Polen als Rebellen und nicht als kriegsführende Partei betrachte.

**Paris, 20. Mai.** Die „France“ meldet aus Puebla vom 17. April, daß die Belagerungsarbeiten unter den günstigsten Umständen fortanern.

Aus Alexandrien wird mitgetheilt, daß der Prinz Napoleon dem Vicekönig von Aegypten das Großkreuz der Ehrenlegion überbracht habe.

**Krakau, 19. Mai.** Die National-Regierung hat die Bauern in Galizien für vollständig emancipirt erklärt, und ihnen Eigenthum, Grundstücke und Religionsfreiheit zugesichert.

Der litthauische Ausschuss hat nach Warschau einen Aufruf an die Kosaken (altgläubigen Russen) zur Einsicht geschickt. In diesem Aufruf heißt es: „Der Kaiser befiehlt die Ausrottung der Kosaken, deren Güter an Jene vertheilt werden, welche bereitwillig dem Aufrufe Folge leisten. Die Vaterlandsiebe und der kaiserliche Wille erheischen die Extermination der Kosaken. Gott und der Segen der orthodoxen Kirche werden die Eifrigen begleiten.“

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

#### 17. Sitzung des Herrenhauses. (20. Mai.)

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung nach 11 1/2 Uhr. Am Ministertische: Graf zur Lippe und zwei Regierungs-Commissare, später Herr v. Seckow und Herr v. Müller. Das Haus ist sehr mäßig besetzt, es sind kaum die zur Schlussfassung erforderlichen 60 Mitglieder anwesend. Mehrere Entschuldigungsanträge werden vorgelesen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der anderweitige Bericht der vereinigten Commissionen für Justiz- und für Handel- und Gewerbeangelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf Seeschiffen. Die Commissionen haben sich mit den Änderungen des Abgeordnetenhauses einverstanden erklärt, mit Ausnahme der zu §§ 14 und 29 beschlossenen. Es sind nämlich in § 14 die Schlussworte des zweiten Absatzes im Regiments-Entwurf: „die Vorschriften über die Militärdisziplinpflicht entgegenstehen.“ im Hause der Abgeordneten dahin geändert worden: „der Umstand entgegensteht, daß seine Ausübung oder Einberufung für das stehende Heer oder der Kriegsschiffe mit der Verpflichtung zum Diensttritt innerhalb der nächsten drei Monate von dem Termine der Annahmestellung bereits erfolgt ist.“ und zwar trotz des Widerspruchs des Kriegsministers und des Referenten. In den vereinigten Commissionen hat sich keine Stimme für diese Änderung erklärt; vielmehr empfehlen aus formellen und materiellen Bedenken die Commissionen, die Änderung abzulehnen.

An Stelle des vom Hause der Abgeordneten zu dem ersten Abzuge des § 29 beschlossenen Zusatzes: „jedoch soll die körperliche Züchtigung nicht mehr zulässig sein und wird insofern der § 2 des vorstehend angezogenen Gesetzes vom 31. März abgeändert.“ beantragen die Commissionen folgende Bestimmungen treten zu lassen: „1) Der § 2 des Gesetzes vom 31. März 1841 wird dahin abgeändert: Im Falle einer dem Schiff drohenden Gefahr, so wie bei Meutereien oder Gewaltthatigkeiten der Schiffsmannschaft, ist dem Capitain (Schiff.) oder seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen, die Anwendung aller zur Erreichung des Zweckes notwendigen Mittel gestattet. In allen Fällen ist der Capitain vermög der ihm zustehenden Disciplinargewalt (§ 1) befugt: a) Geldstrafen bis zu fünf Thalern zum Besten der Armen-Kasse des Heimathshauses des Schiffes, b) Schmälerung der Kost, c) Gefängnis bis zu 8 Tagen, nöthigenfalls bei Wasser und Brodt, d) Anschließung mittelst eiserner Ketten in den unteren Räumen des Schiffes bis zur Dauer von drei Tagen zu verfügen. Welche von diesen Strafen angewendet ist, hat der Capitain nach der größeren oder geringeren Strafbarkeit zu ermessen.“ Giebt der Schiffsmann durch ungebührliches Betragen der Schiffer zu Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten Veranlassung, so kann er deshalb keine gerichtliche Verurtheilung fordern. Die Schiffsjungen sind der väterlichen Zucht des Schiffers unterworfen.“

Nachdem der Referent Professor Dr. Someyer die Anträge der Commission motivirt, werden dieselben ohne Debatte angenommen. Der Gesetzentwurf geht mithin noch einmal an das Haus der Abgeordneten zurück.

Es folgt der Bericht der Finanzcommission über den dreizehnten Bericht der Staatsschulden-Commission, die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens im J. 1861 betreffend. Die Finanzcommission beantragt: „Der Staatsreg. zur Erwägung zu geben, ob es sich nicht empfehlen möchte, die aus der Eisenbahnabgabe angekauften Eisenbahnaktien zur Bestreitung notwendiger Staatsbedürfnisse, z. B. des Umbaus der älteren Festungen, oder zum Besten der Marine u. s. w. zu verwenden.“ Der Vertreter der Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. Im Uebrigen beantragt die Commission lediglich die Decharge zu erteilen. Diesen Anträgen tritt das Haus bei, nachdem es sich zunächst mit dem Vorschlage des Präsidenten, von der dreitägigen Frist

zwischen Vertheilung und Verabreichung des Berichtes Abstand zu nehmen, einverstanden erklärt hatte. Zu dem ersterwähnten Antrage findet eine kurze Discussion (zwischen dem Referenten, Herrn Haselbach, Herrn v. Meding und Herrn v. Kleist-Mekow) statt, im Verlaufe deren Herr v. Kleist-Mekow die Verwerfung des Comm.-Antrages beantragt. Er führt zur Motivierung aus, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtigen äußeren und inneren Verhältnisse es besser sei, die an Summe zu converniren und dem Staatsfisch binzufügen; die Reorganisation sei noch nicht vollendet, man könne das Geld vielleicht besser zur Vermehrung der Artillerie verwenden.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der zweite Bericht der Petitions-Commission, über dessen wesentlichen Inhalt wir bereits gestern berichtet haben. Auch hier bittet der Präsident um Dispensirung von der dreitägigen Frist zwischen der Vertheilung des Berichtes und seiner Verabreichung. Herr Baumstark bittet, hier nicht von der dreitägigen Frist abzugeben, sondern die Sache von der heutigen Tagesordnung abzulegen; der Bericht enthalte Petitionen von der größten Wichtigkeit und er habe denselben erst heute erhalten. Der Präsident bestätigt, daß der Bericht erst gestern ausgegeben ist, beruft sich jedoch auf den Wunsch, der jedesmal gegen den Schluss einer Session befolgt werde. — Herr Haselbach fragt, ob dem Präsidenten eine allgemeine Erlaubnis erteilt sei, von der dreitägigen Frist bei Festsetzung der Tagesordnung abzugeben. Der Präsident erwidert, daß er eine solche Erlaubnis weder erhalten noch erteilen habe. Das Haus beschließt, in der Verabreichung des Berichtes sofort einzutreten. — Die ersten Petitionen betreffen die Danzburger Angelegenheiten wegen der Maßregeln in der polnischen Angelegenheit. Die Commission beantragt, wie mitgetheilt, „das Herrenhaus wolle beschließen, diese Petitionen der künftigen Staatsregierung zu überweisen, indem es sich denselben dahin anschließt, daß es auch seinerseits der Regierung seinen Dank ausspricht für die entschlossene und feste Haltung, womit sie dem Aufstande im benachbarten Königreich Polen, durch alle Angriffe unbeirrt, gegenübergetreten ist und die preussischen Landesheile zu schützen gewußt hat.“

Das Wort nimmt zuerst der Berichterstatter v. Waldow-Steinhöfel: Die Commission habe sich zuerst gefragt, ob es den Petenten nicht überlassen werden müsse, ihren Dank der Regierung selbst auszusprechen. Da die Sache aber einmal angeregt sei, so dürfe das Herrenhaus die Sache nicht mit Stillschweigen übergehen. Das Herrenhaus habe bisher geschwiegen, weil es sich sehr ungern in auswärtige Politik mische und das niemals gelte, um die Regierung in Verlegenheit zu setzen, sondern nur dann, wenn es glaube habe, die Regierung unterstützen zu können. Der Bericht habe sich entschieden gegen die Angriffe ausgesprochen, welche gegen die Regierung gerichtet seien; ob diese aus Patriotismus hervorgegangen seien und aus demselben Gefühle, wie die Handlungen des Herrenhauses, das zu beurtheilen, überlasse er jedem Einzelnen. Soweit gehe sein Referat. Er erlaube sich nunmehr seine persönliche Meinung auszusprechen. Der Zweck des gegenwärtigen Aufstandes in Polen sei von den revolutionären Behörden in Polen offen ausgesprochen, als die Herstellung eines Königs: Polen in den Grenzen von 1772. Wenn dieser Zweck erreicht würde, so würde Preußen große deutsche Landestheile verlieren, auch Danzig, Thorn u. s. w. Das Resultat werde die Aufstellung eines starken französischen Heeres im Rücken Deutschlands sein. Wie komme es nun, daß in deutschen Parlamenten sich so lebhafte Sympathien für den Aufstand ausgesprochen haben? Er wolle auf einige Thatsachen hinweisen, aus denen sich die Gründe von selbst ergeben würden. Im Verlaufe der letzten Jahre habe man den Nationalverein entstehen sehen, unzählige Schützenvereine, Arbeitervereine, Turnvereine und Sängervereine; in nächster Zeit stehe uns der deutsche Abgeordnetentag bevor. Und an der Spitze aller dieser Versammlungen und Vereine ständen so ziemlich dieselben Personen, welche an der Spitze der sich so nennenden deutschen Fortschrittspartei und der sich so nennenden Fraction des Abgeordneten-Hauses ständen, dieselben Männer, welche aus dem Jahre 1848 hinlänglich bekannt seien. Einer der hervorragendsten unter diesen Männern habe beim Schützenfest in Frankfurt ausgesprochen, daß aus den Schützen- und Turnvereinen das Volkstheer gebildet werden müsse, welches hinter dem Parlamente stehe.

Man beschäufte sich sehr eifrig mit der Organisation dieses Parlaments. Dasselbe könne allerdings dem königstreuen Heere gegenüber nichts ausdrücken; deshalb solle nun dieses desorganisiert werden. Das werde so manches Ereigniß der neueren Zeit erklären. — Er werde dieser Partei und deren Zweigen entgegengetreten sein Leben lang, und er denke, das ganze Haus werde ein Gleiches thun. Diese Partei gewinne nicht in seiner Achtung dadurch, daß sie sich stets einer falschen Firma bediene. Warum nenne sie sich denn nicht offen und ehrlich die „revolutionäre“, die „Umsturzpartei“? Er möchte die Frage aufwerfen, wie die Regierung es glaube verantworten zu können, einem solchen Treiben der offenen Organisation des Aufstandes unter ihren Augen ruhig zuzusehen? Werde dem Treiben nicht ein Ende gemacht, so folge unvermeidlich der Umsturz. Er wisse wohl, daß auf diesen die Ordnung folgen müsse. — Redner citirt eine Reihe historischer Beispiele; er erinnert namentlich an das lange Parlament und Cromwell, an den Convent und Napoleon. — Er hoffe, daß auch für Preußen sich in so schlimmem Fall ein Cromwell oder Napoleon finden würde. Aber die Geschichte zeige in allen solchen Fällen, daß die angestammte Dynastie ihren Thron nicht wieder bestiegen habe, oder doch nur auf ganz kurze Zeit. Er dachte, die Zahl der verjagten Herrscher sei vollkommen groß genug, und er wüßte nicht, daß dieselbe noch um Einen vermehrt werde. Er hoffe zu Gott, daß es Niemand in diesem Hause jemals werde zugemutet werden, einem anderen Herrscher dienen zu müssen, als einem solchen, der dem königlichen Hause hochgejollert entpfehlen sei. (Bravo.)

Jeder werde sich die Sympathien für Polen sonach selbst erklären können, aber er wolle es offen aussprechen, daß es die Sympathien mit der Revolution seien. Man wisse sehr wohl, daß jede Revolution die legitimen Throne erschüttere und alle diejenigen Throne in Gefahr bringe, die nicht auf dem Principe der Revolution ruhen, oder vielmehr — balanciren; man wisse sehr wohl, daß die polnische Revolution, wenn sie glücke, eine Revolution in Deutschland erleichtern werde. — Meuchelmord sei an der Tagesordnung, aber man habe denselben in den fortgeschrittenen Wäldern niemals in den richtigen Farben geschildert und gebrandmarkt; sollte aber einer der Selben der Revolution gemordet werden, nun dann würde man einmal sehen, was für ein Geflässe diese Wälder (Meute?) ausschlagen würde. — Die Angriffe gegen die Regierung gingen aus denselben Motiven hervor. — Warum nenne ich die Fortschrittspartei die deutsche und nicht die preussische? Warum nenne ich eine Fraction des Abg.-Hauses so? finde sie vielleicht, daß sie die Ehre bereits verlernt habe, den Namen der preussischen zu führen? Oder gehe sie deshalb, weil so mancher ihrer Führer erst seit wenigen Jahren in Preußen sei und wohl kaum ein preussisches Herz mitgebracht habe? Es liege so Manchem preussisches Brodt, der kein preussisches Herz habe. Man liege von jener Partei auch stark mit Frankreich, dabei denke man aber daran nicht, daß der gegenwärtige Herrscher von Frankreich in seinem Lande die Büchel sehr straff halte und daß es Niemand einfallen dürfe, gegen einen seiner Minister nur den tausendsten Theil desjenigen zu sagen, was unsern Herrn Ministern gesagt werde; er würde reichlich Zeit haben, in Cayenne darüber nachzudenken. Aber man dürfe es mit jenem Herrscher nicht verderben; gebe derselbe doch zuweilen ein Ende mit der Revolution.

Die gegenwärtige Zeit erinnere ihn lebhaft an die Zeit nach 1806, wo man auch Frankreich so sehr gepriesen habe. — Was auch unter Herrgott über uns verhängt, Preußen werde es tragen. Ein Land aber, das den Krieg um jeden Preis vermeiden wolle, habe schon seine Selbstständigkeit aufgegeben. — Die Commission halte also die Angriffe gegen die Staatsregierung für unbegründet; die Angriffe seien in einer solchen Formlosigkeit erfolgt, daß das Gefühl jedes gebildeten Mannes nur dadurch verletzt werden könne. Dennoch möchte er die Staatsregierung bitten, ihren Gegnern eine Concession zu machen. Man habe der Regierung gerathen, um für die Operationen in Polen einen gesetzlichen Grund zu erhalten, den Belagerungszustand zu erklären; dies möge die Regierung thun, allein ob die schließlichen Erfolge den Wünschen des freundlichen Rathgebers entsprechen werden, sei eine andere Frage. Seine Ausführungen gründeten sich auf Thatsachen; er wüßte nicht, wie durch Thatsachen und nicht durch Phrasen widerlegt zu werden. (Bravo!)

Graf Krasnow: Seine Uebereinstimmung mit dem Vordränge sei so vollkommen, daß er manches, was derselbe besser gesagt habe, wiederholen müsse. — Es handle sich darum, ob die Krone in Preußen regieren solle,

oder die Revolution! Der Siegespreis der polnischen Insurrection sei die Integrität, die Ehre, der Bestand unseres Vaterlandes. Man würde nicht recht thun, wenn man der großen Masse dieselben Motive unterlegen wollte, welche die Leiter der Parteien bewegten. Nach seiner Auffassung — schließt der Redner, der auch im Uebrigen die Waldow'schen Ausführungen lediglich wiederholt — sei ein freieres selbstständiges Polenreich, selbst wenn es auf die Grenzen von 1772 verjagte, die allergrößte Gefahr für Preußen, — ein Bundesgenosse Frankreichs in unserer Planie. — Herr v. Gaffron tritt den Ausführungen der beiden Vordränger überall bei und hält die Befestigung der polnischen Grenzen u. s. für geboten, weil es sich hier um einen Totalausbruch der durch ganz Europa verbreiteten Revolutionspropaganda handle.

H. v. Senft-Pilsach (während dessen Rede Hr. v. Bismarck in Begleitung des Hrn. v. Roon wieder eintritt) bemerkt zunächst, daß die vorliegenden Petitionen dem Hause die Pflicht auferlegten, sich mit Polen zu beschäftigen, und hält sodann einen längeren historischen Vortrag über Polen und dessen Vergangenheit im Allgemeinen und die Theilungen Polens im Besonderen. Er erkennt die Verdienste mancher Polen an, — so habe Johann Sobieski Deutschland gerettet —, die Theilung Polens habe Polen aber nur sich selbst zuzuschreiben, ebenso die größte Erniedrigung, die es je erlitten — die religiösen Verfolgungen. — Die Staatsregierung habe zur Verhinderung der Wiederholung derartiger Zustände, unbeirrt um alle Verdächtigungen, mit mannhafter Hand die rechten Maßregeln ergriffen.

Herr v. Kleist-Mekow: Die vorliegende Frage wäre wohl geeignet gewesen, durch einen selbstständigen Antrag im Hause behandelt zu werden; dies sei nur unterblieben, weil die Frage die auswärtige Politik berühre, und das Herrenhaus von jeder den Standpunkt festgehalten habe, daß es eine rücksichtsvolle Zurückhaltung in der auswärtigen Politik beobachte, weil es annehme, daß die Entscheidung derselben der künftigen Regierung angehöre. Wenn man aber von den Grundsätzen des andern Hauses ausgehe, die schwierigen auswärtigen Fragen vor sein Forum zu ziehen, so daß die auswärtigen Parlamente constatiren, daß die Politik des Landes anderer Ansicht sei, als die Regierung, so dürfe auch das Herrenhaus nicht schweigen, um nicht dadurch als Zustimmung zu gelten. Die Regierung habe selbstständig und entschlossen in preussischer Gesinnung und preussischem Interesse gehandelt, und gerade das sei der Grund, weshalb sie von den auswärtigen Mächten und der Demokratie angefeindet worden. (Sehr richtig.) Das sei der Grund, weshalb die ganze Demokratie gegen sie aufstehe. (Bravo.) Die Demokratie habe kein preussisches Interesse, von den Mitgliedern, welche in fürstlichen Familien sitzen, bis zum geringsten Kreisrichter herab. Deshalb habe das Herrenhaus die Pflicht, in dieser Frage nicht zu schweigen. Die größte Gefahr für Preußen würde es sein, wenn unsere Regierung jemals Loßeserhebungen erließe von der Demokratie und den auswärtigen Mächten. (Weißall.)

Wie schon Hr. v. Unruh in seinem Buch 1851 gesagt, wie er und seine Freunde 1848 gehandelt, wie namentlich Hr. v. Kirchmann noch jetzt in der Breslauer Zeitung es verfechte, sei das ganze Bestreben dieser Partei auf die Herstellung der parlamentarischen Regierung gerichtet. Derselbe Hr. v. Kirchmann, der trotzdem gegenwärtig wieder Appellations-Präsident in Ratibor werden solle! Wie dabei die Disciplin des Beamtenbureaus bestehen solle, sei ihm unbegreiflich! Die Demokratie sei überzeugt, daß der König von Preußen sich in friedlicher Weise von seinen Beamten nicht mediatisiren lassen werde; so warte denn im Hintergrunde nichts als der offene Aufruhr! Daher das Interesse für jede Revolution, mo auch immer sie statte! Man berufe sich dabei auf das sogenannte Nationalitätsprinzip. Das sei aber nichts als Lug und Trug. Es handle sich nur darum, die deutsche Nationalität überall herabzubringen. — Die Theilungen Polens, das man aus denselben Gründen wieder herstellen wolle, seien ein schweres Gewicht gewesen für die Nichtachtung der Obrigkeit, die Uneinigkeit, die Zugänglichkeit der Polen für alle fremden Nationen, die Wiederherstellungsversuche seien ein Anzeichen gegen die Geschichte. — Man habe Interesse für die Revolution, Wäldern mit den Empörern, aber keine heilige Scheu vor dem Antasten der Obrigkeit. Bürger aber lasse man ungezügelt. Jetzt nehme die Gesegebung die Richtung an, die Revolutionäre zu schützen und die Lojen zuben. — Glaube man, daß Polen mit den Grenzen von 1772 zufrieden sein werde? Glaube man, daß man mit der desorganisierten Armee, die man dem Könige lassen wolle, Frankreich und Polen zum Frühstüch verweisen werde? Gegenwärtig schon habe die Regierung die Beweise in Händen, daß die Revolution auch in der Provinz Polen vollständig organisiert sei.

Die Regierung habe eintreten müssen für ihre gebrandschakten Unterthanen. Die Demokratie und Frankreich und England seien damit aus guten Gründen nicht zufrieden. (Redner führt aus, daß diese beiden Staaten ein Interesse daran hätten, daß Preußen mit sich selbst beschäftigt sei.) Die Convention vom 8. Februar habe die Frage keineswegs zu einer schwierigen gemacht; der Kerger darüber zeige, daß sie gut sei. — Würde Polen selbstständig werden, so würde es ein Friedensförderer für ganz Deutschland und namentlich für Oesterreich sein, während es jetzt nur ein Friedensförderer für Preußen sei. — Die Interessen Oesterreichs gehen Hand in Hand mit Preußen und Preußen. Es müsse sich deren Schritten anschließen. Die heilige Alliance habe über ein Menschenalter bestanden; Oesterreich sei gegenwärtig beraubt, Preußen gebemüthigt; Preußen allein stehe noch fest da. Demnach stehe jedes der drei Länder Frankreich einzeln gegenüber. — Man habe auf Omalz hingewiesen; Omalz sei die notwendige Folge davon, daß wir Jahre lang unter der Herrschaft der Demokratie Politik getrieben haben (Bravo.)

Napoleon sei für den Bestand seiner Dynastie an glückliche Siege gebunden; deshalb solle er die Staaten. Dem der zugreife, fallen in unserer miseraalen Zeit Herzen und Läden zu. Damit gehe es wie mit der Attractionskraft der Erde. Die Regierung habe schon Großes erreicht in der polnischen Frage: die Grenzen seien geschützt, die Demokratie sei demastirt. In zahlreichen Zustimmungsworten habe das Land sich ausgesprochen. „Was macht es aus, daß einige Handelskammern sich anders aussprechen? Die haben ja kein höheres Interesse, als kaufen und verkaufen; die wollen nichts als Ruhe um jeden Preis.“ — Die Regierung hat geantwortet, daß sie führt, daß sie regiert. In drei wichtigen Punkten hat sie das Feld behauptet: in der Reorganisation der Armee, in der Verwaltung ohne Budget, in der auswärtigen Politik. Dafür ist ihr zu danken; sie hat uns wieder das Bewußtsein gegeben, daß wir trotz der Demoralisirung und Zerrüttung, in welche uns die neue Aera gebracht, uns wieder den Segnungen eines gerechten, freibeitlichen, königlichen Regiments erfreuen. (Lebhafter Weißall.)

Herr Haselbach will für die militärische Befestigung der Grenze, für den Schutz von Eigenthum u. s. w. wohl auch danken, aber für die Convention nicht, da man ja deren Inhalt noch nicht kenne; er fragt, ob sich der Antrag der Comm. auch auf diese Convention beziehe. — Hr. v. Waldow-Steinhöfel, als Referent: Der Ministerpräsident habe in der jetzigen Lage die ganze Convention nicht mittheilen zu können geglaubt; hier solle deshalb auch nicht darüber geurtheilt werden. — Er erzählt dann, ein Mitglied des Herrenhauses habe einen Drohbrief erhalten, er sei vom wackelhaften Centralcomite wegen Theilnahme an einer Adresse an Bismarck zum Tode verurtheilt (Heiterkeit), und die Mitglieder des Nationalvereins im Groß-Polen sollten alle an den Galgen. — Das Herrenhaus, schließt Referent, habe seinen Platz unmittelbar vor dem Throne; die Ehre des Herrenhauses liege, treu zum Könige und seinen Ministern zu stehen; darum solle man den Commissionsantrag einstimmig annehmen (Bravo).

Herr Haselbach erklärt, nunmehr auch für diesen Antrag stimmen zu wollen (Bravo), und der Antrag wird darauf mit allen gegen die eine Stimme des Hrn. Baumstark angenommen. Die Dittelsche Petition wegen der Abtänzung der Sessionen durch Herrn v. Bismarck ist gestern genau mitgetheilt; die Commission empfiehlt dieselbe lebhaft. Referent v. Waldow-Steinhöfel führt die Gründe des Commissionsberichts ab. Die Unzulänglichkeit der durch die vielen untergeordneten Beamten in der Kammer hervorgerufenen Wäldern, lägen auf der Hand; wenn diese Beamten ihren Ressortbezirk Opposition machen könnten in einer Weise, wie es geschieht, so sei die Disciplin nicht mehr aufrecht zu halten. — Die Diäten machten die Sache zu einem Geschäft; die Wahl werde zu einem Pictationstermin, wo der Posten dem Meistbietenden zugeschlagen werde; das Angebot gelte dabei nicht in Geld, sondern indem man den Leidenschaften der Wähler schmeichle. Die Regierung müsse selbst wissen, ob sie es noch verantworten könne, ohne Budget

die Diäten zu zahlen. (Heiterkeit.) Die Frage wegen der Stellvertretungskosten der Beamten ohne die Regierung im Verwaltungswege ordnen. — Herr v. Kleist-Retzow tritt dem bei, auch sei die Regierung berechtigt, die Diäten nicht fortzuschicken; die Regierung habe sogar zu der Fortzahlung gar kein Recht; die Angelegenheit sei gesetzlich zu ordnen, und das Herrenhaus habe dabei mitzusprechen; die betreffende Bestimmung der Verfassung sei nur eine Vorbestimmung. Der Wegfall der Diäten würde einen bedeutenden politischen Fortschritt herbeiführen; dann würde für die Abgeordneten ein gewisser Grundbesitz nötig werden und das Amt zu einer schwereren Ehrenpflicht gemacht; dann würden sich auch Männer finden, welche ein solches Amt zum Wohle des Vaterlandes zu übernehmen bereit seien. — Die Discussion wird geschlossen, der Commissions-Antrag angenommen. — Die übrigen Petitionen sind ohne allgemeines Interesse und geben zu keiner Discussion Anlaß.

**Berlin, 20. Mai.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachstehenden Personen Orden zu verleihen, und zwar: das Großkreuz des rothen Adlerordens dem Bey von Tunis; den kgl. Kronenorden erster Klasse dem tunesischen Divisionsgeneral und auswärtigen Angelegenheiten, Prinzen Mustafa Khaznadar, und dem tunesischen Divisionsgeneral und Marineminister Khérédine-Pascha; den kgl. Kronenorden dritter Klasse den Betriebsdirectoren der österreichischen Südbahn, Eugén Bonzou und Professor Carl Ludwig Meißner in Wien; den kgl. Kronenorden vierter Klasse dem kaiserl. österreichischen Hauptmann im 20. Linien-Infanterie-Regiment Sr. kgl. Hoheit des Kronprinzen von Preußen, Freiherrn de Bieq de Cumpthy, sowie den Beamten der österreichischen Südbahn-Gesellschaft, Verkehrsdirector Joseph Boehm in Verona, Verkehrsinpector Dr. Filippo Mari in Verona und Verkehrsinpector Gustav Andrießen in Triest. (St.-A.)

**K. C. Berlin, 20. Mai.** [Die gänzliche Unsicherheit der Situation.] Mit so großer Bestimmtheit gestern erwartet werden durfte, daß der Schluß der Session in diesen Tagen erfolgen werde, so unbestimmt ist die Situation heute wieder geworden. Es ist bereits bekannt, daß die officiellen Blätter in ihren gestrigen Abendnummern die Frage des Schlusses der Session als eine offene zu behandeln angefangen haben, nachdem sie mehrere Tage lang mit einer gewissen Ueberhebung verkündet hatten, am Donnerstag werde der Sache ein Ende gemacht werden. Wie viel oder wenig Gewicht man nun auch diesen officiellen Organen beilegen mag, so viel ist klar, daß seit gestern Abend in den höheren Schichten ein anderer Wind weht. Am wahrscheinlichsten ist, daß das Staatsministerium in sich selbst darüber uneinig ist, wie es der selbst geschaffenen Verlegenheit Herr werden soll. Man spricht von einer Spaltung im Ministerium, von Einberufung der Kronsynode — lauter Gerüchte, die auf eine Unentschiedenheit an maßgebender Stelle hinweisen. Besonders bemerkenswerth ist, daß dasjenige officiële Blatt, welches allgemein für das persönliche Organ des Ministerpräsidenten gilt, die Person des Kronprinzen in den Conflict zwischen Ministerium und Volksvertretung hineinzuziehen sucht. Es ist das erstemal, daß dies in der Presse geschieht, und noch dazu geschieht es gleich mit einem höchst auffallenden Nachdruck. Ob darin ein Symptom liegt, daß die Lage der Dinge bereits zu einer solchen Ungeheuerlichkeit gediehen ist, welche den Thronerben veranlaßt hat, gegen die Hofpartei sein Wort einzulegen, muß dahingestellt bleiben; bei uns ist ja auch das möglich, daß ein officiëles Organ in so delikaten Fragen ganz auf eigene Hand vorgeht.

Die Differenz im Ministerium wird nun näher dahin charakterisirt, daß die Finanzverwaltung auf eine positive Grundlage in Budget-Angelegenheiten nicht verzichten, also ein Budget haben will, während die rein tendenziösen Elemente in den regierenden Kreisen sich über dergleichen praktische Verlegenheiten hinwegsetzen, und, auch ohne die Budgetberatung zu Ende kommen zu lassen, sich des Abgeordnetenhauses entledigen wollen.

Dieser ungewissen, unentschiedenen Lage würde es entsprechen, wenn — wie ebenfalls ein Gerücht, und zwar ein in diplomatischen Kreisen verbreitetes Gerücht wissen will — eine dreitägige Vertagung von der Regierung aus gesprochen würde. Andererseits wird von einer zu morgen bevorstehenden königlichen Botschaft erzählt, deren Inhalt allen abermals ungewiß bleibt. Kurz, die Lage ist so ungewiß wie möglich, und jede Vermuthung verbietet sich.

Als ein Zeichen der etwas veränderten Sachlage ist noch anzuführen, daß gestern Abend und heute in den Sitzungen der Budgetcommission die militärischen Commissarien des Marineministeriums zur Verathung des Marine-Etats erschienen sind, — eine wahrhafte Ueberraschung für die Mitglieder der Budget-Commission. Entscheidend ist indeß dies Symptom nicht. Der Conflict ist zu scharf geworden, als daß solche kleine Incidenzfälle maßgebend sein könnten.

[Unwahrscheinlich.] Die „B. B. Z.“ schreibt: In politischen Kreisen bildet vorwiegend ein Hand schreiben der Königin von England an Se. Majestät den König den Gegenstand der Unterhaltung, dessen Inhalt unserer gegenwärtigen Situation entnommen sein soll, und das nach vielfachen Annahmen nicht ohne alle Wirkung bleiben dürfte. Man hält den Bestand des Ministeriums sogar dadurch für ernstlich erschüttert und bezeichnet bereits ziemlich bestimmte Männer (v. Usedom, Graf Braßler de St. Simon, Frhr. v. Seherr-Hoß u.), welche berufen sein dürften, mindestens einen Theil der gegenwärtigen Cabinetsmitglieder zu ersetzen. Daß Personal-Veränderungen in unseren höheren Regierungskreisen bevorstehen, glaubt man namentlich auch in den nächststehenden Beamtenkreisen allgemein durchfühlen zu sollen. Der Regel nach sind solche Erscheinungen bestimmte Vorboten; indeß liegt es ja einmal ganz in unseren heutigen Verhältnissen, daß das Naheliegende und Wahrscheinliche, ja das bereits Beschlossene nicht eintritt, und deshalb wollen wir uns auch nicht wundern, wenn alle jene Annahmen sich schließlich dennoch als irrig erweisen möchten.

**Wien, 20. Mai.** [Neue Verhaftungen.] Gestern Vormittags wurde der Gutsbesitzer Napoleon Zaver Mankowski aus Ruditz, Kreis Samter, welcher bei den Insurgenten die Stelle eines Generalstabs-Chefs bekleidete und sich seit mehreren Tagen in Wien im Bazar-Hotel aufhielt, verhaftet und mittelst Drohke durch einen Polizeikommissarius nach der Festung gebracht. — Mit dem Abendgange wurden der Wikar Antoniewicz aus Ostrowo und Gutsbesitzer von Kurnatowski aus dem Kreise Schilberg, unter militärischer Eskorte hier eingebracht und ebenfalls auf der Festung abgeliefert. (Pol. Z.)

### Oesterreich.

**Josephstadt, 17. Mai.** [Langiewicz.] Wie seinerzeit gemeldet wurde, schreibt man der „Politik“, hat Langiewicz im amtlichen Wege an den Kaiser die Bitte gerichtet, ihm wegen der zerrütteten Gesundheit den Aufenthalt in Franzensbad oder in der Schweiz zu gestatten. Dieses sein Gesuch hat derselbe damit begründet, daß er sich weder während des Krieges im Königreich Polen, noch auch während seiner Inhaftirung in Oesterreich auf nur einer Handlung gegen die Sicherheit, Ordnung und Geseze des Kaiserstaates bewußt ist. Heute gelangte an das hiesige Festungscommando vom Kriegsministerium die Eröffnung herab, daß der Polizeiminister Baron Meserly die Vorlegung dieses Gesuchs an den Kaiser abgelehnt hat. General Langiewicz darf gegenwärtig auch nicht unter Begleitung der k. Offiziere aus der Festung gehen, und ist streng auf die Festungsmauern beschränkt; er gedenkt auf einem andern Wege sein Gesuch um Erlaubniß zu einem Aufenthalt in Franzensbad oder der Schweiz direct an den Kaiser zu richten.

**Krakau, 18. Mai.** [Internirungen.] Im Laufe des gestrigen Tages sind 44 flüchtige Insurgenten aus Lemberg, Rzeszow und Rozwadow hier eingeliefert und gestern früh 39, heute 39, zusammen also 62 zur Internirung nach Olmütz transportirt worden. Gestern wurde ein Werber, bei welchem sich die Werbelisten und auf die Werbung Auffändlicher bezügliche Papiere vorgefunden, verhaftet. Am 12. Mai wurden durch eine Gendarmerie- und Militär-Patrouille in den Wäldern nächst Deputali, Bezirk Ulanow, 6 Wagen, welche von ungefähr 40 berittenen Insurgenten, die bei der Annäherung der Patrouille das Weite suchten, geleitet wurden, eingebracht. Auf diesen Wagen befanden sich 200 Stück belgische Gewehre, 160 Tornister, mehrere Säbel, Senfen und Munition. Eine Husaren-Patrouille hat

an demselben Tage nächst Dombrowa, Bezirk Ulanow, ebenfalls einen Wagen mit Munition eingebracht.

### Rußland.

[Schreiben des Papstes an den Zaren.] Aus guter Quelle erhält die „Kölnische Zeitung“ folgende wichtige Mittheilung: Se. Heiligkeit der Papst hat allerdings nicht die Vermittelung oder Verwendung der beiden mächtigsten katholischen Monarchen, des Kaisers von Oesterreich und des Kaisers der Franzosen, für die katholischen Unterthanen des Kaisers von Rußland in Anspruch genommen, sondern er ist weiter gegangen: er hat sich in einem eigenhändigen Schreiben unmittelbar an den Zaren selbst gewandt, und zwar, wie man wissen will, mit sehr ernst gehaltenen eindringlichen Worten. Der genaue Inhalt dieses vertraulichen Schreibens ist natürlich nicht in weitere Kreise gedrungen, doch hört man von unterrichteter Seite darüber einzelne Andeutungen. Es heißt, der Papst habe nicht allein vom allgemeinen christlichen Standpunkte aus den Kaiser ermahnt, seine, wenn auch einem anderen Ritus folgenden Mittheilungen christlich zu behandeln, und für deren etwaige politische Irrthümer das allgemein gültige Errare humanum entschuldigend angeführt, sondern er soll auch einen erheblichen Theil der Schuld an den jetzigen Wirren und Leiden des unglücklichen Polenvolkes geradezu der russischen Regierung zugeschoben und dieser namentlich die Nichterfüllung der übernommenen Vertragspflichten zum Vorwurf gemacht haben. Die Hindeutung auf den Art. VI. des Vertrages von 1773 und auf den Art. VIII. des Tractats von Grodno (13. Juli 1793), die beide in den Verträgen von 1815 bestätigt und ergänzt worden sind, soll in dem päpstlichen Schreiben deutlich und ebenso wenig mißzuverstehen sein, wie der Nachweis, daß sämtliche russische Herrscher seit Katharina II. diese Stipulationen fortwährend groblich verletzt haben. Alle diese Punkte zusammengekommen, so wie der eindringliche Ton, geben dem Schreiben einen Charakter, der es sehr wahrscheinlich macht, daß eine wortgetreue Veröffentlichung desselben wenigstens von russischer Seite niemals veranlaßt werden dürfte. Von einigen Seiten wird die eben jetzt stattfindende Reise des römisch-katholischen Erzbischofs von Lemberg, Wierchilewski, nach Rom mit dem Gegenstande des päpstlichen Schreibens in Zusammenhang gebracht.

### Unruhen in Polen.

[Vom Kriegsschauplatz] meldet der „Gaz.“: Am 12. und 13. d. M. hatte die Myszkowskische Insurgenten-Abtheilung zwischen Malfin und Czajew an der petersburger Bahn einen hartnäckigen Kampf mit den Russen, welche bei der ersten Attacke geschlagen wurden. Als diesen aber Töhl zu Hilfe kam, mußten die Insurgenten sich zurückziehen, was in bester Ordnung geschah. Es fielen auf beiden Seiten über 100 Mann; unter den Todten sollen die Führer Myszkowski und Ostaszewski sein. — Nach den Bulletins des „Russischen Invaliden“, die wohl am wenigsten die Lage zu Gunsten der Polen schildern, hat sich der Aufstand von Kalisz bis an den Dnieper ausgedehnt und steht gegenwärtig die ganze poln. Nation der russischen Macht gegenüber, welche in den insurgirten Landestheilen von den samogitischen Bergen bis in die Ukraine, 200,000 Mann zählt. Die geringen Befestigungen in der Ukraine, Wolhynien und Podolien concentrirten sich in den großen Städten, aus Besorgniß, daß sie von den Insurgenten aufgerieben werden; ein Theil des in Bessarabien stehenden 5. Armeekorps soll Befehl erhalten haben, gegen Podolien vorzurücken, wogegen der andere Theil dort verbleibt, aus Besorgniß vor einer etwaigen Diversion der polnischen Hufen aus der Türkei.

**Berlin, 20. Mai.** [Kreiskirchner Bahn.] Heute Morgen fand die Bestattung der irdischen Hülle des Abg. Kreiskirchner's Bahn auf dem Petri-Kirchhofe statt. Nicht nur Mitglieder der Fortschrittspartei, welcher der Verbliebene angehört hatte, sondern Mitglieder anderer Fractionen beistehend, sich zahlreich an dem Leichenbegängniß. In der Grabrede wies der Prediger darauf hin, wie der Verbliebene nicht bloß das Vertrauen seiner Wähler, sondern auch die Liebe aller Derer, die ihn kennen gelernt, besessen hatte; der Verbliebene war aber nicht bloß ein guter Sohn und guter Patriot, sondern auch einer der talentvollsten Juristen von allseitiger wissenschaftlicher Bildung. — Gewiß wird sein plötzliches Abscheiden überall Bedauern erwecken!

**Breslau, 21. Mai.** [Diebstahl.] Gestohlen wurden: Nikolai-Stadt-Graben Nr. 4 zwei Stück Rps-Fahleber; von dem Perron des Güterbodens der oberösterreichischen Eisenbahn 62 Stück starke Getreidesäcke mit dem Buchstaben B. gezeichnet.

Angekommen: Ihre Durchlaucht Frau Fürstin von Pleß mit Familie aus Pleß.

**XI. Waldenburg, 20. Mai.** [Waldbrand.] Gestern Vormittag, ungefähr 11 Uhr, entstand an der nordwestlichen Seite des Hochwaldes ein Waldbrand, der erst nach der angestrengtesten Thätigkeit von über 1200 Bergknappen, die von den benachbarten Gruben zu Hilfe eilten, durch Aufwerfen von Gräben gedämpft werden konnte. An 100 Morgen Wald sind durch den Brand mehr oder weniger verunkrautet. Das den Besuchern Salzbrunnens bekannte Dorflein Conradsthal war sehr gefährdet. Die Bewohner hatten, so weit dies möglich war, die Häuser geräumt. Glücklicherweise blieb der Ort verschont. Die Entstehung des Feuers ist nicht bekannt.

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 20. Mai 10 U. Ab.	330,98	+8,0	N. 1.	Regen.
21. Mai 6 U. Morg.	332,71	+5,6	N. 1.	Regen.

**Breslau, 21. Mai.** [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 5 B. U.-P. 1 F. 3 B.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris, 20. Mai, Nachm. 3 Uhr.** Die Börse eröffnete still. Die Rente begann zu 69, 40, hob sich auf 69, 55 und schloß in fester Haltung zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 55. 3tal. 5proz. Rente 72, 40. 3tal. neueste Anleihe 73, 30. 3proz. Spanier 51 1/2. 1proz. Spanier 47 1/2. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 496, 25. Credit-mobilier-Aktien 1432, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 571, 25.

**London, 20. Mai, Nachm. 3 Uhr.** Türkische Consols 51 1/2. Silber 61 1/2. Consols 92 1/2. 1proz. Spanier 48 1/2. Mexikaner 36 1/2. 5proz. Russen 94 1/2. Neue Russen 92 1/2. Sardinier 87.

**Wien, 20. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten.** Anfangs matter. 5proz. Metall. 76, 40. 4 1/2proz. Metall. 68, 75. 1854er Loose 95, 25. Bank-Aktien 797, —. Nordbahn 174, 10. National-Anleihe 81, —. Creditaktien 194, 10. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 215, —. London 110, 70. Hamburg 82, 80. Paris 43, 95. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 163, 25. Lombardische Eisenbahn 257, —. Neue Loose 133, 70. 1860er Loose 98, 80.

**Frankfurt a. M., 20. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 M.** Oester. Effekten bei ziemlich belebtem Umsatz theilweise etwas niedriger. Böhm. Westbahn 74 1/2. Finnland-Anleihe 90 1/2. Schluß-Course: Ludwigshafen-Verband 142. Wiener Westbahn 105 1/2. Darmstädter Bankaktien 235. Darmst. Zettelbank 254 1/2. 5proz. Metall. 66 1/2. 4 1/2proz. Metall. 60 1/2. 1854er Loose 85. Oester. National-Anleihe 71 1/2. Oester.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 229 1/2. Oester. Bank-Anleihe 842. Oester. Credit-Aktien 205 1/2. Neueste Oester. Anleihe 89 1/2. Oesterreich. Elisabeth-Bahn 134 1/2. Rhein-Nahe-Bahn 33 1/2. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127 1/2.

**Hamburg, 20. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 M.** Mathe Haltung, geringes Geschäft. Merikaner flau. Finnland-Anleihe 89, —. Schluß-Course: National-Anleihe 72. Oester. Credit-Aktien 87 1/2. Vereinsbank 103 1/2. Norddeutsche Bank 106 1/2. Rheinische 101 1/2. Nordbahn 64 1/2. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

**Hamburg, 20. Mai.** [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, ab auswärtig unverändert und stille. Roggen loco ruhig, ab Danzig im Ganzen ruhig, pr. Mai gesucht, aber nicht angeboten, pr. Juni und Sept. Okt. 75 Brief und vielleicht zu etwas billigeren Preisen Nehmer. Del pr. Mai 32 1/2 — 32, pr. Oclbr. 29 1/2. Raffee ruhig.

**Liverpool, 20. Mai.** [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

**London, 20. Mai.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen gefragter, fremder Weizen fest. Frühjahrsgetreide vernachlässigt. — Bewölkt.

**Amsterdam, 20. Mai.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen wenig verändert. Roggen, Termine etwas flauer, sonst wenig verändert. Raps Oclbr. 74 1/2. Rübsl Herbst 42 1/2.

### Berliner Börse vom 20. Mai 1863.

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Aktion.	
Freiw. Staats-Anl. 1850	101 1/2 G.	Dividende pro 1861	1862 Zf.
Staats-Anl. von 1859	105 1/2 bz	Aachen-Düsseld.	3 1/2 3 1/2 94 1/2 bz.
dito 1850, 52	98 1/2 bz	Aachen-Mastich	0 0 4 35 1/2 B.
dito 1854	101 1/2 bz	Amsterd.-Rott.	5 1/2 6 1/2 101 1/2 bz.
dito 1856	101 1/2 bz	Berg.-Märkische	6 1/2 6 1/2 101 1/2 bz.
dito 1857	101 1/2 bz	Berlin-Anhalt.	8 1/2 8 1/2 148 1/2 G.
dito 1859	101 1/2 bz	Berlin-Hamburg	6 1/2 6 1/2 121 B.
dito 1853	98 1/2 bz.	Berl.-Potsd.-Mg.	11 14 138 B.
Staats-Schuldscheine	90 bz.	Berlin-Stettin	7 1/2 7 1/2 133 B.
Präm.-Anl. v. 1855	128 1/2 bz	Böhm. Westb.	6 1/2 6 1/2 73 1/2 bz.
Berliner Stadt-Obl.	102 1/2 G.	Breslau-Freib.	7 1/2 8 1/2 135 bz.
Kur.-u. Neumark.	91 1/2 bz.	Cöln-Minden	12 1/2 12 1/2 478 G.
Pommersche	90 1/2 G.	Cosel-Oderberg	0 1/2 4 1/2 64 1/2 bz.
Posenische	103 G.	dito St.-Prior.	— 5 1/2 94 1/2 bz.
dito neue	97 1/2 G.	dito dito	— 5 99 1/2 bz.
Schlesische	96 1/2 bz	Ludwigsh.-Bexb.	8 9 140 G.
Kur.-u. Neumark.	94 1/2 G.	Magd.-Halberst.	22 1/2 25 1/2 287 bz.
Pommersche	99 1/2 G.	Magd.-Leipzig	17 17 4 —
Posenische	97 1/2 bz.	Magd.-Wittenbz.	1 1/2 1 1/2 67 1/2 bz.
Preussische	99 1/2 bz.	Mainz-Ludwigsh.	7 7 127 1/2 bz.
Westph.-u. Rhein.	99 1/2 G.	Mecklenburg	2 1/2 2 1/2 70 1/2 bz. u. G.
Sächsische	100 B.	Neisse-Brieg.	3 1/2 4 1/2 87 1/2 B.
Schlesische	100 bz.	Niedr.-Märk.	4 4 87 1/2 G.
Louisd'or 110 bz.	Oest.Bankn. 90 1/2 bz.	Niedr.-Zw.-B.	1 1/2 2 1/2 87 1/2 G.
Goldkronen 9 7/8 G.	Poln.Bankn. — —	Nord.-Fr.-Wih.	3 — 64 1/2 etw. bz.
Ansländische Fonds.		Bank- und Industrie-Papere.	
Oesterr. Metalliques	5 69 bz. u. G.	Preuss. Bank-A.	4 1/2 6 1/2 126 1/2 bz.
dito Nat.-Anl.	5 73 1/2 bz. u. G.	Berl.-Kassen-Ver.	5 1/2 5 1/2 117 1/2 G.
dito Lot. A. v. 1850	89 1/2 bz. u. G.	Danziger Bank	6 6 104 G.
dito 50er Fr.-Anl.	87 1/2 B.	Königsberger	5 1/2 5 1/2 101 B.
dito Eisenb.-L.	81 G.	Posener	5 1/2 5 1/2 97 B.
Russ. Engl. Anl. 1862	5 92 1/2 bz.	Magdeburger	4 1/2 4 1/2 92 G.
dito 4 1/2% Anl.	4 1/2 — —	Brandenburger	4 4 75 1/2 bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4 80 1/2 bz. u. B.	Weimar	4 5 91 1/2 Klgt. bz.
Poln. Pfbr.	4 — —	Gothaer	4 5 92 1/2 B.
dito III. Em.	4 91 1/2 bz. u. G.	Geraer	5 1/2 7 1/2 97 1/2 G.
Poln. Obl. a 500 Fl.	4 91 1/2 B.	Thüringer	2 1/2 3 4 68 1/2 G.
dito a 300 Fl.	4 92 1/2 B.	Hamb. Nordb.	5 6 105 B.
dito a 200 Fl.	4 23 1/2 G.	Hamb. Verins-B.	5 6 103 1/2 G.
Kurhess. 40 Thlr.	4 58 1/2 B.	Hannoversche	5 5 103 1/2 G.
Baden. 35 Fl. Loose.	4 31 1/2 bz.	Bremer	5 5 105 1/2 G.
Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.		Luxemburger	10 10 106 B.
Berg.-Märkische	4 1/2 100 1/2 bz.	Darmst. Zettelb.	8 1/2 9 101 1/2 G.
dito II. 4 1/2 100 1/2 B.		Darmst. Cred.-A.	5 6 1/2 94 1/2 bz. u. G.
dito III. 4 1/2 100 1/2 bz.		Leips. Cred.-A.	3 — 4 96 1/2 G.
dito IV. 4 1/2 100 1/2 bz.		Meininger	6 7 98 bz.
Cöln-Minden	4 1/2 101 G.	Coburger	3 8 95 G.
dito II. 5 103 1/2 B.		Dessauer	0 0 7 1/2 94 1/2 bz.
dito III. 4 95 1/2 G.		Oesterreich.	7 8 95 1/2 bz.
dito IV. 4 94 1/2 G.		Österr. Anl.	4 5 98 G.
dito V. 4 93 1/2 G.		Moldau-Lda. B.	1 1/2 2 1/2 36 1/2 bz.
Cos.-Oderb. (Wih.)	4 92 1/2 G.	Disc.-Com.-Ant.	6 7 1/2 102 1/2 bz. u. B.
dito III. 4 1/2 97 1/2 bz.		Berl. Hand.-Ges.	5 9 109 1/2 G.
Niedersch.-Märk.	4 98 1/2 B.	Schl. Bank-Ver.	6 6 101 1/2 B.
dito conv.	4 98 G.	Minerva	0 — 5 35 1/2 G.
dito III. 4 — —		Fr.v. Eisenb.-A.	5 — 5 104 G.
dito IV. 4 — —			
Litt. C.	5 100 1/2 bz		
Oberesch. A.	4 — —		
dito	3 1/2 — —		
dito C. u. D.	4 97 1/2 bz.		
dito E.	3 1/2 85 B.		
dito F.	4 101 B.		
Oest.-Franz.	3 279 1/2 bz. u. B.		
Oest. süd. St.-B.	3 264 1/2 bz.		
Rhein. v. St. gar.	4 101 bz.		
Rhein-Nahe-B. gar.	4 100 1/2 B.		

**Berlin, 20. Mai.** Weizen loco 58—70 Thlr. nach Qualität, feiner weißer (sleib. 69 1/2 Thlr. frei Mühle bez. — Roggen loco galiz. 42 1/2 Thlr. ab Bahn bez., 3 Ladungen 81—82 1/2 Thlr., 80—82 1/2 Thlr., 44 1/2 Thlr. bez., schwimmend im Kanal eine Ladung 80—81 1/2 Thlr. bez., Mai und Frühjahr 45 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 45 1/2 — 44 1/2 Thlr. bez. und Ocl., 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli 45 1/2 — 45 Thlr. bez., Juli-Aug. 45 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Ocl., Septbr.-Oclbr. 46 1/2 — 1/2 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 32—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—24 1/2 Thlr., Lieferung pr. Frühjahr 23 1/2 — 23 Thlr. bez., Mai-Juni dito, Juni-Juli 23 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Juli-Aug. 24 1/2 — 1/2 Thlr. bez. — Erbsen, Rothwaare 45—50 Thlr., Futterwaare 42—45 Thlr. — Rübsl loco 15 1/2 Thlr. Br., Mai 15 1/2 — 1/2 Thlr. bez., Br. und Ocl., Mai-Juni 14 1/2 — 15 Thlr. bez. und Br., 14 1/2 Thlr. Ocl., Juni-Juli 14 1/2 Thlr. Br., Juli-Aug. 14 1/2 Thlr. Br., Septbr.-Oclbr. 13 1/2 — 1/2 Thlr. bez. — Leinöl loco 15 1/2 Thlr. — Spiritus loco ohne Koh 14 1/2 Thlr. bez., Mai und Mai-Juni 14 1/2 — 15 Thlr. bez. und Br., 14 1/2 Thlr. Ocl., Juni-Juli 15 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 1 1/2 Thlr. Ocl., Juli-Aug. 15 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., Ocl. 1 1/2 Thlr. Br., August-Septbr. 15 1/2 Thlr. bez. und Ocl., 1/2 Thlr. Br., Sept.-Oclbr. 15 1/2 — 1/2 Thlr. bez. und Br., 1/2 Thlr. Ocl., Oclbr.-Novbr. 15 1/2 Thlr. bez. Weizen flau. Roggen loco bleibt fortwährend vernachlässigt, Verhöbte konnten sich bequemen aus der Kündigung vorzuziehen. Termine verkehrten unter dem Einfluß des Regenmeters in flauer Haltung und setzten im Werthe neuerdings zurück. Der Frühjahrstermin verlief ohne jede Bewegung, da das Engagement meist geordnet war. Gefändigt 22,000 Ctr. Hafer flau. Gefändigt 4200 Ctr. Rübsl wurde eben sowohl durch den Witterungswechsel als durch starke Kündigungen im Werthe für alle Termine gedrückt. Der Schluß ist etwas fester. Spiritus gleichfalls bei starker Verkaufsflut flau und billiger erlassen. Der Handel erlangte dadurch eine größere Lebhaftigkeit. Gefändigt 80,000 Quart.

**Breslau, 21. Mai.** Wind: West. Wetter: Gewitterregen. Thermometer früh 8° Wärme. Der Geschäftsverkehr war am heutigen Markte bei vorherrschend matter Stimmung beschränkt, die Preise konnten sich nicht behaupten. Weizen blieb wenig beachtet; pr. 85 Pfd. weißer 63—77 Sgr., gelber 63—74 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen matter; pr. 84 Pfd. 49—53 Sgr. — Gerste ohne Aenderung; pr. 70 Pfd. weißer 40—41 Sgr., gelber 36—39 Sgr. — Hafer preisbaltend; pr. 50 Pfd. 26—27 1/2 Sgr. — Erbsen, Widen und Bohnen ohne Frage. — Delfsaaten ohne Angebot. — Schafwolle schwach gefragt. — Rapskuchen vernachlässigt; 48—51 Sgr. pr. Ctr.

**Sgr. pr. Schff.** Weizen loco 64—72—77. Weizen loco 62—68—74. Roggen loco 49—50—53. Gerste 35—38—42. Hafer 25—27—29. Erbsen 42—48—52. Sommer-Rüben —. Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr. Vor der Börse. Rohes Rübsl pr. Ctr. loco 15 1/2 Thlr., Mai 15 1/2 Thlr. Gelb, Herbst 13 1/2 Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Ralles loco 14 1/2 Thlr., Mai 14 1/2 Thlr. Br., Sommermonate 14 1/2 Thlr. Br.

### Humanität.

Heute Donnerstag, den 21. Mai, großes Militär-Concert von der Kapelle d. Schl. Art.-Brig. Nr. 6, unter Leitung des Kapellmstr. Frn. C. Englich. Anfang 5 Uhr. Entrée à Person 1 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.